



# Health & Consumer Voice

Januar 2005

## IN DIESER AUSGABE

- EU-Forschungsforum für Tiergesundheit \_\_\_\_\_ 1  
*Die Europäische Kommission hat ein Technologieforum ins Leben gerufen, um die Erforschung der bedeutendsten Tierseuchen in den Entwicklungsländern und in Europa voranzubringen.*
- EU einigt sich auf Harmonisierung der Höchstwerte für Pestizidrückstände\_\_ 2  
*Das Europäische Parlament und der Ministerrat unterstützen Pläne, die zulässigen Pestizidrückstände in Lebensmitteln in allen 25 EU-Staaten einheitlich zu regeln.*
- EU unterstützt Krankheitsbekämpfung in Tsunami-Regionen \_\_\_\_\_ 2  
*Am 7. Januar berieten die Außen-, Gesundheits- und Entwicklungsminister der EU auf einer außerordentlichen Tagung über die weitere Unterstützung der von der Flutkatastrophe heimgesuchten südasiatischen Länder.*
- Ungarin wird Direktorin der neuen EU-Gesundheitsagentur \_\_\_\_\_ 3  
*Der Verwaltungsrat des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten hat Frau Zsuzsanna Jakab, hochrangige Beamtin im ungarischen Gesundheitsministerium, zur ersten Direktorin des Zentrums ernannt.*
- G7 will gemeinsam gegen zwei große Gesundheitsbedrohungen vorgehen: Bioterrorismus und Vogelgrippe \_\_\_\_\_ 3  
*Die Gesundheitsminister der G7-Länder und Mexikos verkünden neue Schritte im Kampf gegen den Bioterrorismus und zur Vorbereitung auf eine Grippepandemie.*
- Neue Leitlinien für gefährliche Produkte \_\_\_\_\_ 4  
*Mit ihren Leitlinien möchte die Kommission klarstellen, was Unternehmen wann und wie tun müssen, wenn ein gefährliches Produkt in den Verkehr gelangt.*
- Neues Forum zur Unterstützung der Initiative zum europäischen Vertragsrecht \_\_\_\_\_ 4  
*Verbrauchervertreter, Juristen, Unternehmer und Regierungsbeamte kamen am 15. Dezember in Brüssel zusammen, um das CFR-Net aus der Taufe zu heben.*

ISSN 1725-5481

## EU-Forschungsforum für Tiergesundheit

**Die Europäische Kommission hat ein Technologieforum ins Leben gerufen, um die Erforschung der bedeutendsten Tierseuchen in den Entwicklungsländern und in Europa voranzubringen.**

Das neue Forum bringt Veterinär-, Pharma- und Biotechnologie-Unternehmen sowie Forschungseinrichtungen, die Finanzwelt und die Aufsichtsbehörden zusammen; Ziel ist die Entwicklung eines modernen Instrumentariums (u. a. Impfstoffe und Tests) für die Bekämpfung von Tierseuchen.

„Das globale Technologieforum für Tiergesundheit, das von der Industrie angestoßen wurde, wird eine Partnerschaft entstehen lassen, die die gesamte Entwicklungskette umfasst – von der Erfindung bis zur praktischen Anwendung neuer Impfstoffe und Tests“, sagte Kommissar Kyprianou. „Dieses Forum soll – insbesondere in Entwicklungsländern – zur Verbesserung der Gesundheit von Mensch und Tier, des Tierschutzes, der Lebensmittelsicherheit und des Marktzugangs beitragen.“

Die EU unterstützt bereits jetzt inner-

halb des 5. und des 6. Forschungsrahmenprogramms die Erforschung der wichtigsten Tierseuchen, insbesondere der Maul- und Klauenseuche, der Vogelgrippe, der klassischen und der afrikanischen Schweinepest, der Rinderpest und der Blauzungkrankheit. Die Untersuchungen konzentrieren sich auf Diagnoseverfahren, Impfstoffe, Seuchenverlauf, biologische Sicherheit und Wildschutzgebiete.



© Eureka Slide

Der Startschuss für das Technologieforum zur Tiergesundheit erfolgte am 16. Dezember anlässlich einer großen Konferenz über bezifferbare und nichtbezifferbare Kosten der Tierseuchenbekämpfung, die gemeinsam vom niederländischen Ratsvorsitz und von der Kommission veranstaltet wurde.

### Tiergesundheitsstrategie 2007-2013

Diese neue Strategie, die die Europäische Kommission ebenfalls auf der Konferenz vom 16. Dezember angekündigt hat, wird die künftige EU-Politik im Bereich der Tiergesundheit entscheidend prägen.

Die Kommission hat die Interessengruppen aufgefordert, einen Beitrag zu diesem Prozess zu leisten, der in eine Kommissionsmitteilung über Maßnahmen für den Zeitraum 2007-2013 münden soll.

Die neue Strategie dient der Verbesserung der Seuchenverhütung bzw. -bekämpfung in der EU. Notimpfungen sollen vereinfacht, Rechtsvorschriften gestrafft und neue Maßnahmen finanziert werden.

Mehr dazu: [http://europa.eu.int/comm/food/animal/diseases/strategy/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/food/animal/diseases/strategy/index_de.htm)



## Maßnahmen gegen zwischen Arten übertragbare Krankheiten

Die EU-Gesundheitsminister haben die Kommission dringend dazu aufgefordert, einen europäischen Aktionsplan zur Bekämpfung von Tierseuchen vorzulegen, die auf den Menschen übergreifen könnten.

Die zunehmende Reisefreudigkeit, der grenzüberschreitende Transport von Tieren und das enge Nebeneinander von Menschen und Tieren in vielen Teilen der Welt zählen zu den Faktoren, die das Risiko von Zoonosen erhöhen – Krankheiten also, die vom Tier auf den Menschen übertragen werden können. Der Verdacht, dass eine Tierseuche die wahrscheinliche Ursache des SARS-Ausbruchs von 2003 in Asien war, hat die Sorge verstärkt, dass die Geflügelgrippe sich in eine tödliche Form der menschlichen Grippe verwandeln könnte. Gesundheitsexperten sind inzwischen der Überzeugung, dass Zoonosen eine erhebliche Bedrohung darstellen.

Um den Schutz der EU-Länder vor diesen Formen der Bedrohung zu verbessern, plant die Kommission die Vorlage eines europäischen Aktionsplans für die Zoonosevorsorge und -bekämpfung. Dieser Plan soll (für Menschen und Tiere) Maßnahmen zur Krankheitsüberwachung, -prävention und -kontrolle umfassen.

Die am 6. Dezember 2004 versammelten EU-Gesundheitsminister waren der Auffassung, „dass intensiver vermittelt werden sollte, dass neue Zoonosen ein schwerwichtiges nationales europäisches und weltweites Problem darstellen“.

## EU unterstützt Krankheitsbekämpfung in Tsunami-Regionen

**Am 7. Januar berieten die Außen-, Gesundheits- und Entwicklungsminister der EU auf einer außerordentlichen Tagung über die weitere Unterstützung der von der Flutkatastrophe heimgesuchten südasiatischen Länder.**

Wegen beschädigter Wasser- und Abwasserleitungen besteht für Millionen von Überlebenden der Flutwelle ein akutes Krankheitsrisiko. Wenn die Trinkwasserversorgung nicht rasch wiederhergestellt wird, droht der Ausbruch von Malaria, Tuberkulose, Durchfall- und anderen Infektionskrankheiten.

Die Europäische Kommission hat sich dafür ausgesprochen, bei der Bewertung der aktuellen Gesundheitsrisiken mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zusammenzuarbeiten.

Mit Hilfe ihrer spezialisierten Netze und

## EU einigt sich auf Harmonisierung der Höchstwerte für Pestizidrückstände

**Das Europäische Parlament und der Ministerrat unterstützen Pläne, die zulässigen Pestizidrückstände in Lebensmitteln in allen 25 EU-Staaten einheitlich zu regeln.**

Die Rückstandshöchstwerte für die im Handel befindlichen Lebensmittelerzeugnisse werden bislang von den nationalen Behörden in den verschiedenen EU-Ländern festgesetzt, so dass sie von Land zu Land unterschiedlich sein können.

Im Verlauf der kommenden anderthalb Jahre wird die Europäische Kommission ein Verzeichnis der Kulturpflanzen erstellen, für die EU-Höchstwerte gelten sollten; sie wird außerdem die gegenwärtig auf nationaler Ebene geltenden Höchstwerte zusammenstellen und daraus die für eine Verwendung auf EU-Ebene geeignetsten Werte aussuchen. Zudem wird sie festlegen, für welche Pflanzenschutzmittel keine Höchstwerte nötig sind. Nach Abschluss dieser Untersuchungen wird es eine uneingeschränkt anwendbare Verordnung geben.

Nach einer Übergangsphase werden dann sämtliche Rückstandshöchstwerte für Pestizide vereinheitlicht sein.

Dieses Programm wird in Form einer Verordnung durchgeführt, bei der die Ernährungsunterschiede in Europa ebenso berücksichtigt werden wie die Notwendigkeit, besonders empfindliche Bevölkerungskreise (beispielsweise Kinder) zu schützen. Kinder trinken zum Beispiel viel Apfelsaft, weswegen der Höchstwert so sein muss, dass die Sicherheit auch bei hohem Konsum noch gewahrt bleibt. Zu berücksichtigen sind auch die kumulativen Effekte ähnlich wirkender Pestizide.

Die Verordnung wird die Uneinheitlichkeit beseitigen, die jetzt besteht, da die Mitgliedstaaten ihre eigenen nationalen Höchstwerte festsetzen dürfen.

**Mehr dazu:**

[http://europa.eu.int/comm/food/fs/ph\\_ps/pest/intro\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/food/fs/ph_ps/pest/intro_en.pdf)



© Tom Wagner/eu2005.lu

öffentlichen Spenden für die Katastrophengebiete zugesagt. Der Rat hat die Kommission und die Europäische Investitionsbank aufgefordert, ein neues Finanzierungsinstrument einzurichten (Tsunami-Darlehensfazilität), über das nochmals Gelder in Höhe von bis zu einer Milliarde Euro bereitgestellt werden könnten. Am 31. Januar wird der Rat erneut zusammenkommen, um über die mittel- bis langfristigen Wiederaufbaumaßnahmen zu beraten.

# Ungarin wird Direktorin der neuen EU-Gesundheitsagentur

Der Verwaltungsrat des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten hat Frau Zsuzsanna Jakab, hochrangige Beamtin im ungarischen Gesundheitsministerium, zur ersten Direktorin des Zentrums ernannt.

Das Zentrum ist in Stockholm angesiedelt und soll Europa durch Vernetzung der zuständigen Stellen in den einzelnen Mitgliedstaaten vor ansteckenden Krankheiten, etwa SARS, Grippe und HIV/Aids, schützen.

„Ich bin erfreut und geehrt, zur Direktorin ernannt worden zu sein“, sagte Frau Jakab. „Angesichts der Bedrohung durch eine erneute Zunahme von HIV/Aids auf unserem Kontinent und einer möglichen Grippepandemie steht das Zentrum schon jetzt unter Handlungsdruck.“



(Photo: Pawel Flato)

Der Ausschuss für Umwelt, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments hatte die Bewerbung von Frau Jakab am 10. Januar 2005 befürwortet. Der Verwaltungsrat des Zentrums wird ihre Ernennung in den kommenden Wochen bestätigen.

Zu den ersten Aufgaben der Direktorin wird es gehören, mit der Einstellung von Personal für das Zentrum sowie mit der Übernahme und dem

Ausbau des bestehenden EU-Netztes für die Krankheitsüberwachung und Frühwarnung zu beginnen. Die ersten Mitarbeiter des Zentrums dürften im Mai 2005 ihre Tätigkeit in Stockholm aufnehmen.

Frau Zsuzsanna Jakab ist gegenwärtig Staatssekretärin im ungarischen Gesundheitsministerium. Sie war bisher dafür zuständig, die Umsetzung der einschlägigen EU-Maßnahmen und -vorschriften in Ungarn sowie die Verwaltung der EU-Finanzhilfen und die Durchführung des nationalen ungarischen Gesundheitsprogramms zu beaufsichtigen.

Bevor sie im Jahr 2002 von der ungarischen Regierung ins Ministerium berufen wurde, war sie elf Jahre Direktorin bei der WHO (Europa).

## G7 will gemeinsam gegen zwei große Gesundheitsbedrohungen vorgehen: Bioterrorismus und Vogelgrippe

Die Gesundheitsminister der G7-Länder und Mexikos verkünden neue Schritte im Kampf gegen den Bioterrorismus und zur Vorbereitung auf eine Grippepandemie.

Das Ministertreffen vom 10. Dezember 2004 war das fünfte im Rahmen der *Global Health Security Initiative* der G7; das Forum zur Koordinierung der Maßnahmen gegen Bioterrorismus war im November 2001 unter dem Eindruck der Ereignisse vom 11. September und nach den Milzbrandanschlägen in den USA in Ottawa eingerichtet worden.

An der Initiative sind die G7-Länder (USA, Kanada, Japan, Deutschland, Großbritannien, Italien und Frankreich) sowie Mexiko und die Europäische Kommission beteiligt.

Die Minister erfuhren von erheblichen Fortschritten beim Aufbau gemeinsamer Überwachungsnetze, mit denen

Einsätze chemischer, nuklearer und radiologischer Waffen sowie ein verdächtiges Auftreten von Bakterien oder Viren entdeckt werden sollen. Hierzu gehört ein Rund-um-die-Uhr-System zur Alarmierung befreundeter Länder und zur Koordinierung der Reaktionen auf derartige Anschläge.

Eine G7-Arbeitsgruppe hat außerdem Prioritäten für die Vorsorge- und Reaktionsplanung im Falle einer neuen Grippepandemie benannt. Markos Kyprianou, europäischer Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, präsentierte das neu gegründete Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten als zentralen Pfeiler der Überwachung übertragbarer Krankheiten in Europa.

Die nächste Zusammenkunft der *Global Health Security Initiative* wird Ende 2005 in Rom stattfinden.

### Neue Bescheinigungen für Fleischexporte nach Russland

Seit dem 1. Januar 2005 müssen die EU-Länder bei der Ausfuhr tierischer Lebensmittelherzeugnisse nach Russland einheitliche Veterinärbescheinigungen verwenden; dies ist das Ergebnis einer im September 2004 erzielten Einigung.

Nachdem es zu keiner Einigung über die Veterinärbescheinigungen gekommen war, hatte Russland zunächst erwogen, sämtliche Einfuhren tierischer Erzeugnisse aus der EU ab dem 1. Juni 2004 zu verbieten, sich dann aber doch bereit erklärt, die Einfuhren aus der EU weiterhin zuzulassen, um entsprechende Gespräche zu ermöglichen.

In den Verhandlungen hat Russland zudem das Prinzip der „Regionalisierung“ akzeptiert, so dass der Ausbruch einer Tierseuche in einem Teil eines Mitgliedstaats nicht sämtliche Ausfuhren aus diesem Land oder gar der gesamten EU verhindert.

### EU stoppt Geflügelimporte aus Bulgarien nach Seuchenausbruch

Am 23. Dezember hat die EU beschlossen, die Einfuhr von Geflügel aus Bulgarien bis Ende Januar 2005 auszusetzen, nachdem dort die hoch ansteckende Newcastle-Krankheit ausgebrochen war. Das Einfuhrverbot gilt für lebendes Geflügel, Federwild, Bruteier und frisches Geflügelfleisch.

Die Krankheit ist für Menschen ungefährlich, jedoch sehr ansteckend für Geflügel (vor allem Hühner), und kann somit zu hohen Einbußen in dem Bereich führen.



## Neue Leitlinien für gefährliche Produkte

**Mit ihren Leitlinien möchte die Kommission klarstellen, was Unternehmen wann und wie tun müssen, wenn ein gefährliches Produkt in den Verkehr gelangt.**

Gemäß der Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit, die seit Januar 2004 in Kraft ist, müssen Hersteller und Händler die zuständigen mitgliedstaatlichen Behörden umgehend unterrichten, wenn sie feststellen, dass ein von ihnen in Verkehr gebrachtes Produkt gefährlich ist.

Die neuen Leitlinien vom 13. Dezember 2004 enthalten praktische Ratschläge, wann und wie solche Meldungen erfolgen sollen. Je nach dem Ausmaß der Gefahr können die Behörden dann das Unternehmen auffordern, weitere Maßnahmen zu ergreifen, beispielsweise die betreffenden Produkte aus dem Handel zu nehmen oder gar einen Rückruf zu organisieren.

Die Mitgliedstaaten können außerdem die Europäische Kommission benachrichti-



Gefahr eines Stromschlags: Die Form dieser Lampe könnte Kinder dazu verleiten, sie als Spielzeug zu verwenden. Der Verkauf ist daher behördlich untersagt worden.

Quelle: GD Gesundheit und Verbraucherschutz

gen, wenn das Produkt ein ernstes Risiko darstellt und in mehreren EU-Ländern auf dem Markt ist. In einem solchen Fall alarmiert die Kommission die übrigen mitgliedstaatlichen Behörden in der EU mit Hilfe des Schnellwarnsystems für die Produktsicherheit (RAPEX). Diese RAPEX-Verbraucherwarnungen werden auf der Europa-Website zusammen mit Fotos der gefährlichen Produkte sowie mit Angaben zum Produktnamen und zum Hersteller veröffentlicht.

### Mehr dazu:

[http://europa.eu.int/comm/consumers/cons\\_safe/prod\\_safe/gpsd/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/consumers/cons_safe/prod_safe/gpsd/index_de.htm)

## Neues Forum zur Unterstützung der Initiative zum europäischen Vertragsrecht

**Verbrauchervertreter, Juristen, Unternehmer und Regierungsbeamte kamen am 15. Dezember in Brüssel zusammen, um das CFR-Net aus der Taufe zu heben.**

Die Experten dieses Netzwerks werden sich in den nächsten drei Jahren regelmäßig treffen, um mit ihrem Feedback „aus der Praxis“ die Arbeit einer Juristengruppe zu unterstützen, die sich mit der Erstellung eines Gemeinsamen Referenzrahmens (englische Abkürzung: CFR) befasst. Dieser CFR soll eine Art Handbuch mit gemeinsamen Grundsätzen und praktischen Lösungen für Verbraucher- und sonstige Verträge werden. Er ist als Hilfestellung für eine bessere Rechtsetzung gedacht und kann sowohl von der EU als auch von den einzelstaatlichen Regierungen bei der Verabschiedung von Vorschriften zum Vertragsrecht verwendet werden.

Die Kommission steht kurz vor der Unterzeichnung eines Vertrags mit einem Konsortium, das – unter Berücksichti-

gung der Beiträge vom CFR-Net und von Experten aus den Mitgliedstaaten – einen Entwurf erarbeiten soll. Die erste ordentliche Sitzung der Experten dieses Konsortiums mit den Netzwerk beteiligten soll Anfang 2005 stattfinden.

„Die europäische Gesetzgebung muss einen Beitrag zu einem einfachen, kohärenten und hochwertigen rechtlichen Rahmen für Transaktionen innerhalb des Binnenmarktes leisten“, erklärte Robert Madelin, Generaldirektor für Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission, Mitte Dezember bei der Eröffnung der Tagung des CFR-Net. „Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Betriebe, klagen regelmäßig über Probleme aufgrund unterschiedlicher und nicht zu vereinbarenden vertragsrechtlicher Vorschriften. Wären die rechtliche Transparenz und Kohärenz größer, so ließen sich die Transaktionskosten insbesondere für Beratung und Streitbeilegung senken.“

## Luxemburg an der Spitze der Europäischen Union

Vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2005 führt Luxemburg den Vorsitz im Rat der EU.

Der Vorsitz hat ein Arbeitsprogramm mit seinen Prioritäten für das nächste Halbjahr veröffentlicht. Auf dem Gebiet der Gesundheit gibt es zwei Schwerpunkte: Gesunde Lebensweise und Gesundheit junger Menschen, einschließlich der psychischen Gesundheit.

In Zusammenhang mit der gesunden Lebensweise wird es in erster Linie um das Übergewicht und das Rauchen gehen, wobei auf der Grundlage der auf nationaler und internationaler Ebene gesammelten Erfahrungen europaweite Maßnahmen festgelegt werden sollen.

Der luxemburgische Ratsvorsitz hat sich außerdem dafür ausgesprochen, die Beratungen über die geplanten Rechtsvorschriften zu Ernährungs- und Gesundheitsangaben sowie zu Vitamin- und Mineralzusätzen fortzusetzen. Darüber hinaus wird er die Arbeiten über Kinderarzneimittel und über Medizinprodukte voranbringen.

Die Verhandlungen über die *International Health Regulation* sollen im ersten Halbjahr fortgesetzt werden, damit auf der WHO-Jahrestagung möglichst Schlussfolgerungen vereinbart werden können.

Der Vorsitz plant ferner eine Konferenz über seltene Krankheiten.

Im Verbraucherschutz rechnet der Vorsitz mit einer politischen Einigung auf die neue EU-Rechtsvorschrift über unlautere Geschäftspraktiken, mit der sich derzeit das Europäische Parlament in zweiter Lesung befasst.

Der Vorsitz wird außerdem den geänderten Vorschlag für eine Verbraucherkredit-Richtlinie, den die Kommission im Oktober 2004 angenommen hatte, und mögliche Fortschritte bei der Verordnung über Verkaufsförderung prüfen.

Im Zusammenhang mit der Lebensmittelsicherheit hat der Vorsitz zugesagt, die Arbeiten des Rates zur Verbesserung von Tierschutz und Tierschutz fortzuführen. Auf der Grundlage der neuesten Erfahrungen der Mitgliedstaaten ist auch eine Debatte über den benachbarten Anbau von gentechnisch veränderten und herkömmlichen Kulturpflanzen geplant.

Mehr dazu: <http://www.eu2005.lu/en/index.html>

Die in *Health & Consumer Voice* vertretenen Meinungen geben nicht notwendigerweise die Standpunkte der Europäischen Kommission wieder. Die Wiedergabe von Beiträgen ist – ausgenommen zu gewerblichen Zwecken – unter Angabe der Quelle gestattet.

E-Mail: [sanco-newsletter@cec.eu.int](mailto:sanco-newsletter@cec.eu.int)

Koordination: Marie-Paule Benassi

Redaktion: Ivona Pajak, Ben Duncan, Terese Van oel in Zusammenarbeit mit der GD Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission.

Layout: Deborah MacRate-Ockerman

Website:

[http://europa.eu.int/comm/dgs/health\\_consumer/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/index_de.htm)

